



Israel Kontrovers Nr. 16

05. November 2014

Nach dem Krieg zwischen Israel und der Hamas: Neue politische Horizonte für den Friedensprozess?

Liebe Leser_innen,

für diese Ausgabe von Israel Kontrovers haben wir wieder 2 Autoren gebeten, sich mit den politischen Folgen des Krieges zwischen Israel und der Hamas im Sommer dieses Jahres auseinanderzusetzen. Dieser Krieg hat in der israelischen Gesellschaft und der israelischen Politik heftige Debatten ausgelöst, die sich um die Zukunftsperspektiven Israels in einer Region drehen, die seit Jahrzehnten durch stabile Instabilität geprägt ist.

Die politische Debatte ist stark polarisiert. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die die Zukunft Israels nur dadurch gesichert sehen, dass weiterhin auf militärische Abschreckung und Stärke gesetzt wird, insbesondere unter Berücksichtigung der regionalen Veränderungen in den letzten Jahren seit dem arabischen Frühling. Efraim Inbar, Direktor des Begin-Sadat Center for Strategic Studies, sieht keine andere Wahl für Israel, als noch viele Jahre mit der Waffe in der Hand zu leben. In der israelischen Gesellschaft gibt es für diese Position eine Mehrheit, die sich auch in Umfragen manifestiert und dazu führt, dass Premierminister Netanyahu einen weiten persönlichen Vertrauensvorschuss vor allen anderen möglichen Kandidaten erhält.

Auf der anderen Seite argumentiert Shaul Arieli, einer der prominentesten Vertreter der Genfer Friedensinitiative und beteiligt an mehreren Verhandlungsprozessen zwischen Israel und Palästina, dass es einen neuen diplomatischen Horizont für die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts gäbe.. Dieses setzt allerdings voraus, dass sowohl auf Seiten der israelischen Regierung, und hier insbesondere von Premierminister Netanyahu, klare Signale für eine Zwei-Staaten-Lösung gesetzt werden müssten. Aufgrund der Kräfteverhältnisse in der Koalitionsregierung räumt er dieser Option jedoch eine geringe Wahrscheinlichkeit ein. In der Knesset gäbe es eine relative Mehrheit für eine Zwei-Staaten-Lösung, deren Vertreter in aktuellen Umfragen jedoch deutlich weniger Mandate erhielten als bisher.

Beide Autoren sehen die politischen Bedingungen auf palästinensischer Seite für ein Friedensabkommen skeptisch. Arieli geht davon aus, dass Hamas zwar eine Zwei-Staaten-Realität akzeptieren würde, aber nur

als Zwischenlösung auf dem Weg zur Erreichung ihres langfristigen Ziels, der Befreiung Palästinas vom Mittelmeer bis zum Jordan. Der letzte Krieg habe daran nichts geändert. Allerdings sei die relative politische Position von Hamas innerhalb der palästinensischen Politik gestärkt worden, während Mahmoud Abbas und die PLO sich darum bemühten, durch eine Resolution der Vereinten Nationen dem Friedensprozess neuen Schwung zu verleihen.

Shaul Arieli sieht in einer Resolution des Sicherheitsrats die beste Chance, die internen politischen Prozesse in Israel und bei den Palästinensern positiv zu beeinflussen und damit die Chancen für einen neuen diplomatischen Horizont zu eröffnen. Efraim Inbar glaubt dagegen nicht, dass die internationale Gemeinschaft angesichts anderer Bedrohungen in der Region durch den Islamischen Staat und den Zerfall arabischer Nationalstaaten ein Interesse daran hat, Druck auf Israel und die Palästinenser auszuüben, um den Status-Quo zu ändern. Er geht davon aus, dass die meisten Länder der Welt mit einer ungelösten Palästinafrage leben können. Er sieht auch die politische Linke in Israel und Europa deutlich geschwächt und durch das Scheitern des Oslo-Prozesses delegitimiert. Sowohl er als auch Shaul Arieli gehen davon aus, dass gegenwärtig das militärische und politische Vorgehen gegen den Islamischen Staat Priorität bei den westlichen Staaten hat und nicht die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Dr. Werner Puschra,
Direktor FES-Büro Israel
Herzliya, 05. November 2014

Eine Lösung des Konflikts ist nicht in Sicht

von Prof. Efraim Inbar

Einleitung

Die zuletzt in Gaza stattgefundene Militäroperation, „Protective Edge“ (Juli-August 2014), stellte mit einer Dauer von 50 Tagen den am längsten andauernden Krieg in der Geschichte Israels dar. Das Hauptziel der Operation war es, den willkürlichen gegen Israel gerichteten Beschuss durch die Hamas (eine radikale islamistische Terrororganisation) zu beenden. Die Hamas herrscht in Gaza seit ihrem Militärputsch im Juni 2007. Seither hat sie sich weniger auf den Aufbau staatlicher Strukturen, sondern vielmehr auf das ideologische Ziel, den jüdischen Staat zu zerstören, konzentriert. Hierfür hat sie viele tausend Raketen auf Israel abgeschossen. Israel reagierte mit einer Blockade und gelegentlichen Militäraktionen, welche den Beschuss durch die Hamas beenden sollten. Dieser Artikel bietet eine Analyse der Resultate dieses Krieges. Anschließend richtet er den Blick auf die angemessene Politikoption in einer Region, die in eine zunehmend brutale Hobbessche Realität verfällt.

Bewertung des Gaza-Krieges

Die Hamas wurde durch die Operation „Protective Edge“ von Israel besiegt, jedoch nicht zerstört. Ihre Zerstörung war angesichts der hohen Kosten und der Dauer nicht das Ziel der israelischen Militärkampagne. Darüber hinaus wollte Israel lediglich, dass eine geschwächte Hamas in Gaza weiter herrscht. An einer einzelnen Instanz hingegen, welche die Kontrolle über Gaza und die West Bank ausübt, ist Israel nicht interessiert. Die Trennung von Gaza und West Bank dient Israels Interesse, die palästinensische Nationalbewegung zu schwächen. Diese ist nach wie vor kein

Friedenspartner sondern ein Todfeind und wird dies zumindest auf absehbare Zeit bleiben. Die große Mehrheit der Israelis (über 70%) glaubt nicht, dass die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) in der Lage ist, einen historischen Kompromiss mit dem Zionismus (der jüdischen Nationalbewegung) zu erzielen. Solange PA und Hamas weiter ihre Kinder zum Hass gegen Juden erziehen, ist kein Frieden in Sicht. Wie sich bei der kürzlich vor der UN gehaltene Rede Mahmoud Abbas' zeigte ist die PA zudem an einer Delegitimierungskampagne beteiligt, welche letztlich auf das Ende des Staates Israel abzielt.

Nach wiederholtem Raketenbeschuss der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung entschied Israel im Juli 2014 nochmals eine massive Militäroperation in Gaza durchzuführen. Diese geschah in der Annahme, dass die Operation Teil eines langwierigen und hartnäckigen Konfliktes sein würde, der eine geduldige Zermürbungsstrategie erfordert, um die Fähigkeit der Hamas, Israel zu schaden, signifikant zu vermindern.¹ Dies ist gelungen. Rund ein Drittel des Raketenarsenals der Hamas und der größte Teil ihrer Infrastruktur zur Herstellung von Raketen wurden zerstört. Es wird angenommen, dass der größte Teil der Angriffstunnel (32) zerstört wurde und dass fast eintausend Kämpfer der Hamas sowie einige ihrer Anführer getötet wurden. Eine größere Zahl gezielter Tötungen und eine frühere Aufgabe

¹ Zu dieser Strategie siehe Efraim Inbar und Eitan Shamir, „Mowing the Grass: Israel's Strategy for Protracted Intractable Conflict,“ *Journal of Strategic Studies* 37 (Februar 2014).

einiger Einschränkungen, die sich Israel hinsichtlich der Luftsätze selbst auferlegt hatte, hätten möglicherweise die Zustimmung der Hamas zu einem Waffenstillstand beschleunigt und so Gaza viel Zerstörung erspart.

Am 25. August fügte die Hamas sich schließlich dem ägyptischen Waffenstillstandsvorschlag, welchen sie zuvor seit dem 15. Juli noch abgelehnt hatte. Wie von Ägypten und Israel gefordert, bildete der unbegrenzte Waffenstillstand die Voraussetzung für spätere Verhandlungen. Zudem kam er ohne Beteiligung von Katar und der Türkei zustande. Beide Staaten sind Hamas-Unterstützer und hatten ein Interesse daran, einen Platz am Verhandlungstisch einzunehmen. Um sicherzustellen, dass die Wiederbewaffnung der Hamas nicht leicht wird, werden alle Grenzübergänge nach Gaza weiterhin von Israel und Ägypten kontrolliert. Ägypten zwang die Hamas sogar, eine so bittere Pille wie die Präsenz der PA am Übergang von Rafah zu schlucken. Die „Siegesreden“ der Hamas können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Hamas am Ende dem ägyptisch-israelischen Druck bedingungslos nachgegeben hat.

Trotz der völlig ungerechtfertigten internationalen Kritik an Israels „unverhältnismäßigem“ Waffeneinsatz war es Israel 50 Tage lang gestattet (ein im Vergleich zu früheren Runden recht ausgedehnter Zeitraum), Hamas-Stellungen und ihre Umgebung zu pulverisieren. Eine taktische Unterstützung der israelischen Bemühungen Hamas einen schweren Schlag zuzufügen, war auf Seiten einer Vielzahl arabischer Staaten offenkundig. Wichtige internationale Akteure wie Indien, China und Russland haben sich aus eigenen Gründen hinsichtlich des Gaza-Themas bedeckt gehalten. Zudem schlossen sich auch die USA, die EU und Teile der internationalen Gemeinschaft der

Forderung an, Gaza zu entmilitarisieren. Dies ist selbstverständlich ohne eine erzwungene Entwaffnung der Hamas nicht zu erreichen. Zugleich delegitimiert es die Gewalt der Hamas, während es den israelischen Verteidigungsmaßnahmen Legitimität verleiht.

Das israelische Raketenabwehrsystem „Iron Dome“ neutralisierte fast alle Raketen, die auf Israels Wohngebiete abgefeuert wurden. Während der größte Teil des Landes kaum vom Gaza-Krieg betroffen war, hatte der Klang der Sirenen wohl einen negativen psychologischen Effekt. Diszipliniertes Verhalten auf Seiten der Zivilbevölkerung begrenzte die Zahl der Todesopfer auf ein Minimum. Dennoch wurden 72 Menschen getötet (davon mehr als sechzig Soldaten) und hunderte verwundet. Daneben kam es vor allem in der Nähe Gazas zu begrenzten Schäden an israelischem Eigentum. Die direkten und indirekten Kriegskosten, welche sich auf mehrere Milliarden Dollar belaufen, kann die starke israelische Wirtschaft tragen.

Die von Israel gezeigte Vorsicht sowie die Ablehnung des Einsatzes von Bodentruppen erwiesen sich als hilfreich für den Gewinn von Legitimität im In- und Ausland. Langfristig könnten sie jedoch einen zersetzenden Effekt auf Israels Abschreckung haben. Solche Qualitäten mögen in einer Demokratie aner kennenswert sein, sie fördern allerdings nicht Israels Abschreckung im Nahen Osten. Kampfeifer, Entschlossenheit und Schonungslosigkeit sind die Voraussetzungen dafür, in einer harten Nachbarschaft Abschreckung aufzubauen.

Leider unterstrich die Militäraktion gegen die Hamas Spannungen in den Beziehungen zwischen den USA und Israel. Die nicht eindeutigen Haltungen und Handlungen der US-Regierung gegenüber Israel signalisierten eine geringere Bereitschaft, ihren Alliierten im Nahen

Osten zu unterstützen. Darüber hinaus waren die USA für das Ergebnis in der Gaza-Frage weitgehend irrelevant, da sie törichterweise versuchten die Türkei und Katar in das Krisenmanagement einzubinden und die zentrale Bedeutung Ägyptens im diplomatischen Gefüge der Gaza-Frage nicht erkannten. Der Gaza-Krieg war ein weiteres Beispiel für die konfuse Außenpolitik der Obama-Regierung im Nahen Osten. Da Jerusalem ein starkes und relevantes Amerika braucht und bevorzugt, war das amerikanische Missgeschick auch für Israel ein Verlust.

„Protective Edge“ ließ Gaza in den Händen der Hamas. Unter Israelis ist das Unbehagen über dieses Resultat weit verbreitet. Die Enttäuschung ist verständlich, doch sie ist unberechtigt. Sie zeigt allerdings, dass die israelische Gesellschaft bereit ist zu kämpfen und Verluste hinzunehmen um wichtige Ziele zu erreichen. Es liegt jedoch jenseits der Möglichkeit Israels, den arabischen Nachbarn seine bevorzugten Anführer aufzuzwingen. Die bittere Wahrheit besteht darin, dass Palästinenser in großer Zahl die Hamas und ihre Gewalt gegen Juden gutheißen. Der Gedanke, dass eine Lösung des Konflikts nicht in Sicht ist, bleibt ebenso schwer zu akzeptieren wie die Einsicht, dass die nächste Runde der Gewalt bereits vor der Tür steht. Dennoch zeigen Umfragen seit einiger Zeit, dass die meisten Israelis die schwierige Lage verstehen. Während des Krieges hat die israelische Gesellschaft ein enormes Maß an Durchhaltevermögen und Solidarität gezeigt. Tatsächlich bleibt der alltägliche Umgang mit dem langwierigen Konflikt eine der wichtigsten Herausforderungen für die israelische Gesellschaft.

Die innenpolitische Wirkung des Gaza-Krieges wird von der Länge der Ruheperiode in seiner Folgezeit abhängen. Je länger die Ruhe anhält, desto mehr wird Premierminister Benjamin

Netanyahu ihr wichtigster Nutznießer sein. Die nächsten Wahlen sind für November 2017 angesetzt. Sofern die Ruhe hält hat Netanyahu also reichlich Zeit zur Erholung. Wenn die abschreckende Wirkung nicht anhält und die Hamas sich entschließt, Netanyahu herauszufordern, indem sie im Verlauf der nächsten Jahre Israel unter Beschuss nimmt, dann könnte der Premierminister gezwungen sein, den „Rasen erneut zu mähen“, nur diesmal energischer.

Israels Politik

Der Gaza-Krieg unterstreicht die deprimierende Realität im Nahen Osten. Die Palästinenser sind daran gescheitert, einen Staat zu etablieren, weil sie nicht in der Lage waren, ein Gewaltmonopol – die Webersche Grundvoraussetzung für Staatlichkeit – zu etablieren. Eine Miliz (die Hamas) übernahm einen Teil des palästinensischen Territoriums mit Gewalt. Dies spiegelt ein größeres Phänomen wider: den Zerfall arabischer Staaten wie Syrien, Irak, Libyen und Jemen, ebenso wie Somalia und Libanon vor einigen Jahrzehnten. Die Zerstörung der staatlichen Strukturen ist nur ein Aspekt eines kolossalen Scheiterns der Modernisierung in der arabischen Welt. Sie verstärkt die Anziehungskraft der radikalen Islamisten unter den armen und unterdrückten Arabern. Auch hier spiegelt die Hamas den Trend im Kontext Palästinas wider, während der Bürgerkrieg in Syrien ähnliche Züge zeigt. Der Aufstieg des Islamischen Staats, eine brutale Organisation, vergleichbar mit Hamas, welche allerdings ehrgeizigere Ziele verfolgt, rief stärkere Reaktionen der USA hervor. Mit Luftangriffen (denen Israels in Gaza nicht unähnlich) wird versucht die Ausdehnung des Islamischen Staates aufzuhalten. Doch den USA ist bewusst geworden, dass sie den Irak oder Afghanistan nicht nach ihrem Vorbild stabilisieren können: Trotz ihres großen Einflusses kann die

Regierung in Washington nicht die Art und Weise ändern in welcher die Araber im Nahen Osten agieren.

Die israelische Regierung hegte keine Illusionen, dass der „arabische Frühling“ sich positiv auf arabische Gesellschaften auswirken würde. Außerdem glaubt sie nicht, dass sie auf irgendeinem Wege die dysfunktionale Politik ihrer benachbarten Gesellschaften beeinflussen kann. Jerusalem ist natürlich besorgt über die mögliche Verschlechterung der Lage entlang seiner Grenzen, doch der Regierung ist bewusst, dass man daran nicht viel ändern kann. Jerusalem teilt strategische Interessen mit Ägypten (nach wie vor der wichtigste arabische Staat) Saudi Arabien, Jordanien und den meisten Golfstaaten. Diese Interessenüberschneidung besteht gegenüber den Muslimbrüdern und ihren Ablegern (al-Qaida, Hamas, al-Nusra, Türkei etc.) sowie primär gegenüber iranischen Nuklearbestrebungen. Dieses Zusammenreffen von Interessen ist hilfreich für den Fall, dass Israel zu Verteidigungszwecken unilaterale Militäraktionen beschließt, es handelt sich hierbei aber nicht um eine militärische Allianz.

Einige Regierungsbeamte, insbesondere diejenigen, die der Linken zugeneigt sind, haben davon gesprochen, dass Israel „etwas unternehmen“ müsse. Aktivismus ist ohne Frage in Israel eine geschätzte Eigenschaft. Im Zionismus verwurzelte Rhetorik wie „wir müssen unsere Grenzen und unser Schicksal selbst bestimmen“ trifft in der Tat auf offene Ohren.

Gleichwohl besteht das für Israel vermutlich weiseste Vorgehen in einer geduldrigen und behutsamen, abwartenden Haltung. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist in absehbarer Zeit unmöglich zu lösen. Doch eine Handhabung des Konflikts, welche sowohl das Leiden auf beiden Seiten als auch die

diplomatischen Kosten für Israel so gering wie möglich halten kann, ist in Reichweite.

Die Initiative von US-Außenminister John Kerry ist in diesem Frühling gescheitert. Doch die Welt ist davon nicht untergegangen. Es herrscht keine Alarmstimmung oder Angst vor einer großen, sich anbahnenden Krise in der Region oder anderswo auf der Welt. Es ist unwahrscheinlich, dass Israel unter Druck gerät, den Status Quo zu verändern. Eigentlich dient es sogar Israels Interessen, den Status Quo so lange wie möglich aufrecht zu erhalten, denn so kann das Land in Verhandlungen seine Karten in der Hand behalten. Die Annahme, die Zeit arbeite gegen Israel, ist schlicht falsch. Tatsächlich wird das demokratische und wohlhabende Israel immer stärker, während die Araber schwächer werden. Zudem ist es wahrscheinlich, dass die Palästina-Frage auf der internationalen Bühne mit der Zeit eine immer weniger herausragende Rolle spielen wird.

Nach dem Kerry-Debakel und dem während des Gaza-Krieges gezeigten diplomatischen Unvermögen versucht die Regierung in Washington nun das Geschehene zu verdauen und überlegt, wie es weiter vorgehen soll. Derzeit sagt der Instinkt der US-Regierung, sie solle sich von Initiativen fernhalten, die auf Interventionen abzielen. Die USA, geschwächt von zwei Kriegen (Afghanistan and Irak) und gesegnet mit neuen Energiefunden, wollen nicht in weitere Konflikte im Nahen Osten verwickelt werden, da die Region für ihre Interessen nun weniger zentral erscheint. Daher könnte die Regierung Obama weniger geneigt sein in den hartnäckigen israelisch-palästinensischen Konflikt einzugreifen als je zuvor. Selbst wenn aus irgendwelchen Gründen die amerikanische Besessenheit mit einem Palästinenserstaat bestehen bleibt, dann ist Israel immer noch besser damit beraten

Washingtons nächste Züge abzuwarten, um daraufhin angemessen reagieren zu können.

Darüber hinaus sind angesichts der großen Bedeutung Amerikas für Israel unkoordinierte, einseitige Schritte Israels nicht ratsam. Israelische Stellungnahmen zu einer Verpflichtung zu künftigen Friedensverhandlungen und Zurückhaltung beim Bau jenseits der Siedlungsblöcke könnten die USA fern und interventionsunwillig zu halten.

Solange Israel keine drastischen Schritte unternimmt ist es unwahrscheinlich, dass die USA von der arabischen Seite unter Druck gesetzt werden, ihr Augenmerk auf die Palästinafrage zu richten. Die arabische Welt steckt in einer enorm schwierigen ökonomischen und sozio-politischen Krise und ist mit ihren eigenen Problemen beschäftigt. Zudem bleibt die atomare Bedrohung durch den Iran das dringendste außenpolitische Thema. Bezüglich dieser sitzen die meisten sunnitischen Staaten in einem strategischen Boot mit Israel. Die moderaten arabischen Staaten wollen ebenso wenig wie Israel, dass der Islamische Staat oder die Palästinafrage die Aufmerksamkeit vom Iran ablenken. Nicht einmal die Palästinenser selbst nehmen die arabischen Lippenbekenntnisse in ihrer Sache ernst.

Aller Wahrscheinlichkeit nach können die meisten Länder der Welt mit einer ungelösten Palästinafrage leben. Überall auf der Welt brodeln territoriale Konflikte. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass in den nächsten Monaten und Jahren eine Vielzahl von menschlichen und politischen Tragödien die Aufmerksamkeit von der Palästinafrage ablenken wird.

Maßgeblich ist, dass die Palästinenser keinen Einfluss auf wirklich wichtige strategische

Themen wie die Weiterverbreitung von Atomwaffen haben, die die mächtigen Staaten dazu veranlassen könnten, in Aktion zu treten. Sie waren einmal ein wichtiger Akteur im internationalen Terrorismus. Das sind sie heute nicht mehr. Heute sind die Palästinenser in hohem Maße von internationaler Hilfe abhängig. Durch zu viel Gewalt Unruhe zu verursachen würde die Lebensgrundlage der Palästinenser bedrohen, welche von der PA Gehälter und Löhne beziehen. Dies wäre auch mit dem Risiko israelischer Vergeltungsmaßnahmen verbunden. Die Hamas ist ziemlich isoliert. Vereinfacht gesagt haben die Palästinenser international nur einen begrenzten Einfluss und sind somit verwundbar durch Israels potenziell schädliche Gegenmaßnahmen.

Ohnehin sind die Palästinenser ausgesprochen erfahren darin, „sich ins eigene Bein zu schießen“. Das Einheitsabkommen zwischen PA und Hamas wenige Monate vor dem jüngsten Gaza-Krieg ist nur das jüngste Beispiel dafür. Mit ihrem Anliegen vor die UN zu ziehen wird ihnen keinen Vorteil einbringen. Was zählt sind die Tatsachen vor Ort und nicht die Resolutionen einer moralisch bankrotten Institution.

Auch wenn einige Experten das behaupten, so ist Israel in der internationalen Gemeinschaft nicht isoliert. Israel ist ein starkes Land, das über ein bemerkenswertes Netz gegenseitiger internationaler Beziehungen verfügt. Bezeichnenderweise werden die Beziehungen, die Israel mit der Allgemeinheit unterhält, durch den Konflikt mit den Palästinensern kaum beeinträchtigt.

Die politischen Akteure, die am stärksten von der Palästinafrage besessen sind, nämlich die politische Linke Israels und die Europäer, werden schwächer. Der Oslo-Prozess, mit dem die israelische Linke assoziiert war, ist komplett

gescheitert und hat so seine Initiatoren delegitimiert. Europa und die Eurozone sind mit akuten Problemen beschäftigt. Ihre ohnehin begrenzte Fähigkeit, ein wahrhaft strategischer Akteur zu sein, ist dadurch noch weiter eingeschränkt. Die Fähigkeit dieser geschwächten politischen Akteure, die Palästinafrage auf der internationalen Agenda ganz oben zu platzieren, hat immer weiter abgenommen. Die derzeitige internationale Lage könnte zu einer weiteren Marginalisierung der Palästinenserfrage führen.

Einige Israelis, sowie auch viele törichte Bewohner der westlichen Welt, verfallen zu oft einem kontraproduktiven Hyperaktivismus. Ein weitgehendes Stillhalten an der diplomatischen Front kann jedoch zu besseren Ergebnissen in der Vorbereitung auf entstehende Bedrohungen führen als die Aktivierung aller möglichen unilateralen Pläne. Um diesen Bedrohungen begegnen zu können ist ein starkes Israel mit einem modernen, großen und flexiblen Militär nötig.

Fazit

Der Gaza-Krieg endete mit einem Punktsieg für Israel. Dennoch bleibt Gaza ein Problem für die Sicherheit. Die Hamas, eine radikale islamistische, anti-westliche Organisation, welche die Moderne ablehnt, unterdrückt die Bewohner Gazas und verdammt sie zu Armut und Unwissen. Dies ist der Inbegriff der Zwickmühle, in der sich der Nahe Osten befindet. In diesem Umfeld muss sich die israelische Politik bescheidene Ziele setzen. In Ermangelung von Möglichkeiten, Einfluss auf das Verhalten seiner Nachbarn zu nehmen, hat Israel keine andere Wahl als sich auf die Fähigkeiten dieser Nachbarn zu konzentrieren, dem Staat Israel zu schaden. Wenn nötig, muss ein solches Militärpotenzial geschwächt werden. Während sich die arabische Welt im Aufruhr befindet, sieht Israel den Iran als größte Bedrohung für die

Stabilität und Sicherheit der Region. Diese Ansicht teilen verschiedene arabische Regierungen. Der Krieg in Gaza offenbart zudem ein großes nationales Durchhaltevermögen in der israelischen Gesellschaft und führte zu der Einsicht, dass Israel keine andere Wahl hat als noch viele Jahre mit der Waffe in der Hand zu leben.

***Prof. Efraim Inbar** ist Direktor des Begin-Sadat Center for Strategic Studies. Er arbeitet als Professor für Political Studies an der Bar-Ilan Universität und als Fellow am Middle East Forum.*

Erst der islamische Staat, dann der palästinensische Staat?

von Shaul Arieli

Die am 26. August beendete Militäroperation "Tsuk Eitan" – "Fels in der Brandung" - war durch einige besondere Charakteristiken geprägt. Mit einer Dauer von 50 Tagen hielt die Operation ungewöhnlich lange an. Sie hatte außerdem einen außergewöhnlichen Verlauf. Es gab 12 von der Hamas abgelehnte Waffenstillstände sowie humanitäre Waffenstillstände alle paar Tage. Hinzu kommt der bis dahin beispiellose Preis der Operation. Es wurden 4.594 Raketen und Mörsergranaten auf Israel abgefeuert. Im Gegenzug griff die israelische Armee 6.231 Ziele im Gazastreifen an. 10.590 Gebäude wurden während der Angriffe beschädigt und 4.024 Häuser dem Erdboden gleichgemacht. Auf israelischer Seite starben 67 Soldaten und 5 Zivilisten, 1.620 Soldaten und 837 Angehörige der Zivilbevölkerung wurden verwundet.

Was die Palästinenser betrifft, so stellte Operation "Tsuk Eitan" die tödlichste kriegerische Auseinandersetzung im Gazastreifen seit seiner Gründung dar. 2.203 Palästinenser wurden im Laufe der Militäroperation getötet, darunter zwischen 1.068 und 1.408 bewaffnete Kämpfer.

Daneben wurden mehr als 11.000 Palästinenser verwundet. Darüber hinaus exekutierte die Hamas im Gazastreifen Dutzende Palästinenser, weil sie der Kollaboration mit Israel verdächtigt wurden. So wurde 132 Fatah-Mitgliedern von der Hamas in die Beine geschossen. Die Zahl der obdachlos gewordenen Bewohner des Gazastreifens schwankt zwischen 300.000 und einer halben Million. In Israel wurden Häuser und Fahrzeuge beschädigt, viele Israelis, die im Umkreis des Gazastreifens leben, mussten ihre Häuser verlassen. Operation "Tsuk Eitan" kostete den Staat Israel 11 Milliarden Schekel. Der wirtschaftliche Schaden ist noch nicht endgültig abzusehen, aber Schätzungen belaufen sich auf 15 Milliarden Schekel (3,2 Mrd. Euro). Die Wachstumsrate für das nächste Jahr wird mit Null angesetzt und eine Abwertung des Schekels wird erwartet.

Trotz dieser hohen Zahlen endete Operation "Tsuk Eitan" mit einem Waffenstillstand, in dem sich beide Seiten nur auf dessen "Arrangement" einigten. Diese Bezeichnung soll verhindern, dass einer Seite politische Vorteile eingeräumt werden. Sie zielt im Wesentlichen und definitionsgemäß höchstens darauf ab, die Waffenruhe im Austausch für den Wiederaufbau des Gazastreifens durch die palästinensische Autonomiebehörde zu bewahren. Dieses Ergebnis ist nicht überraschend und macht deutlich, wie sehr die Parteien auf ihre politischen Interessen und ihre Standpunkte fixiert sind.

Um beurteilen zu können, ob es für Israel in diesem Konflikt mit den Palästinensern einen neuen diplomatischen Horizont gibt, ist es notwendig einen Blick auf die grundsätzlichen Meinungen der beteiligten Parteien zu einer Beilegung des Konfliktes und auf die Positionen der israelischen und palästinensischen politischen Systeme zu werfen. Dies muss vor dem Hintergrund des politischen Stillstands und

unter Bezugnahme auf die gegenwärtigen regionalen geostrategischen Kräfte und deren Einflüsse geschehen. Hierbei müssen auch die Hauptvermittler im Konflikt einbezogen werden. Dies sind insbesondere die Vereinigten Staaten und Ägypten.

Ausgangsbedingungen für den Frieden

Den Osloer Verträgen von 1993 lag das Motto zugrunde "es gibt keine Alternative zum Frieden". Das führte auf beiden Seiten zur Niederlegung der Waffen und zur Suche nach diplomatischen Lösungen. Die Auffassung, dass es keine Alternative gibt, war aus der Kombination alter und neuer Einsichten auf beiden Seiten entstanden. Für Israel war dies die Bedrohung der jüdischen Identität des Staates Israel ohne eine jüdische Mehrheit zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan und die erste Intifada, die Ende 1987 über die israelische Seite hereinbrach. Für die palästinensische Seite war es der Zusammenbruch des Schutzpatrons Sowjetunion im Jahr 1988 und die Bestätigung der Grenzen des palästinensischen Kampfes, in einer Welt, die den Pfad des Terrors auf palästinensischer Seite ablehnte.

Das Scheitern der Verhandlungen seit zwei Jahrzehnten ist von vielen Faktoren abhängig, deren Besprechung den Rahmen dieser Abhandlung sprengen würde. Vor allem auf israelischer Seite ist eine Schwächung des Bewusstseins für das Motto "es gibt keine Alternative zum Frieden" zu beobachten. Hinzu kommt ein Aufschwung jenes Lagers, welches auf beiden Seiten Anspruch auf das ganze Land Anklage. Diese Entwicklung hat verschiedene Gründe:

- Die Sicherheitslage in Israel und im Westjordanland in den letzten Jahren vermittelte der israelischen Öffentlichkeit den Eindruck, dass es trotz der inhärenten Instabilität keine Dringlichkeit für einen Frieden gibt.

- Die Hamas, die ihre Herrschaft über den Gazastreifen wie ihren Augapfel hütet, betrachtet das Fehlen einer Vereinbarung und den Aufstieg der islamischen Bewegungen in den arabischen Ländern als historische Gelegenheit, die Führung des palästinensischen Volkes von der PLO zu übernehmen. Deshalb hält sie auf palästinensischer Seite die Spaltung aufrecht.

- Die Aushöhlung von Israels Ansehen und Glaubwürdigkeit in der Meinung der internationalen Gemeinschaft wird von einem Teil der israelischen Öffentlichkeit als "derselbe alte Antisemitismus im neuen Kleid" interpretiert. Der Widerstand gegen die israelische Kontrolle über die besetzten Gebiete und ein Prozess der Delegitimierung der Siedlungen werden als "Aufwiegelung" und "Misslingen der Hasbarah" (die israelische Form der politischen Propaganda) gewertet.

- Vor dem Hintergrund der Regimewechsel in einigen arabischen Ländern erwarten verschiedene politische Akteure in Israel voller Hoffnung die Transformation Jordaniens in das palästinensische Heimatland. Es gibt sogar welche, die in der nächsten Konfrontation die Chance erblicken, die Initiative zu ergreifen und die palästinensische Bevölkerung des Westjordanlandes auf das andere Jordanufer zu transferieren. Damit werden allerdings die Konsequenzen für den Friedensvertrag mit Jordanien ignoriert, welches Israel im Hinblick auf Sicherheitsaspekte zugutekommt.

- Viele Israelis finden, dass die Herrschaft über ein anderes Volk ohne Bürgerrechte nicht länger einer demokratischen Regierungsform widerspricht und auch keine Bedrohung der moralischen Stärke der Gesellschaft in Israel darstellt.

- In der israelischen Öffentlichkeit sind viele der Meinung, Israels Abzug aus Gaza bedeute auch eine Veränderung der demographischen Gleichung. Einige behaupten auch, die wirkliche Zahl der Palästinenser im Westjordanland sei um eine Million kleiner und daher existiere auch keine "demographische Bedrohung" der jüdischen Identität Israels.

Man kann daher sagen, dass nur unter neuen Bedingungen der Standpunkt "es gibt keine Alternative zum Frieden" Unterstützung gewinnen kann. Solche neuen Bedingungen sind gegenseitige Anerkennung der grundsätzlichen Interessen beider Seiten. Diese Interessen sind ein demokratischer Staat mit einer jüdischen Mehrheit für Israel und ein unabhängiger palästinensischer Staat. Um das zu erreichen ist ein energisches und klares internationales Mitwirken notwendig, das Belohnungs- und Sanktionsmuster für beide Seiten einschließt. Nur so kann ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass "es keine Alternative zum Frieden gibt" und nur unter solchen Umständen ist es möglich, der israelischen Öffentlichkeit einen neuen Anstoß zu geben, zu Konzessionen bereit zu sein, die über den heutigen Stand der Bereitschaft hinausgehen.

Politische Machbarkeit der Zwei-Staaten-Lösung

Auf israelischer Seite

Um die Zwei-Staaten-Lösung voranzutreiben, muss Ministerpräsident Benjamin Netanjahu der erste sein, der eine Entscheidung zur Unterstützung dieses Konzept trifft. Aber seine grundsätzliche Einstellung negiert die Etablierung eines eigenständigen palästinensischen Staates an der Seite Israels und daher muss er zwischen Israels Verpflichtung gegenüber den Verträgen und dem internationalen Druck zur Beilegung des

Konfliktes, den die Vereinigten Staaten und Europa anführen, manövrieren.

Während seiner zweiten und dritten Amtsperiode verkündete Netanjahu seine Bereitschaft zur Zwei-Staaten-Lösung, aber in der Realität verwarf er die Parameter, auf deren Grundlage im Jahr 2008 die Verhandlungen zwischen Ehud Olmert und Mahmud Abbas stattfanden. Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Israel und der PLO im August 2013 für die Dauer von neun Monaten war vor allem dem erheblichen amerikanischen und europäischen Druck auf Netanjahu und dem israelischen Interesse, die internationale Gemeinschaft gegen das iranische Atomprogramm zu mobilisieren, zu verdanken.

Die gegenwärtige israelische Regierung hat bis heute keine einzige formale Entscheidung über die Zwei-Staaten-Lösung als Entwurf für die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konfliktes getroffen. Der Prozess der Regierungsbildung beinhaltete die Unterzeichnung von drei Koalitionsabkommen, in denen ein ausdrücklicher Verweis auf den Standpunkt der Regierung zur Zwei-Staaten-Lösung fehlt. Eine solche Positionierung war erstens nicht möglich, da die starke Opposition der HaBajit HaJehudi-Partei ("Jüdisches Heim") diesem Konzept entgegensteht. Zweitens wirkte auch die Gegnerschaft der meisten Minister und der Knesset Abgeordneten der Likud Partei dem entgegen.

Im Kabinett gibt es eine Mehrheit von zwölf Ministern, die gegen ein dauerhaftes Abkommen sind, während neun ein solches prinzipiell unterstützen würden. Es muss allerdings erwähnt werden, dass der Großteil des Widerstands gegen ein Abkommen von sieben Staatssekretären angeführt wird, die nicht berechtigt sind, bei Regierungsentscheidungen abzustimmen, aber einen großen Einfluss auf

die Atmosphäre der Diskussionen und Abstimmungen im Kabinett ausüben.

Eine Analyse der prinzipiellen Standpunkte der Parteien der 19. Knesset macht deutlich, dass eine relative Mehrheit die Zwei-Staaten-Lösung befürwortet. In Mandaten ausgedrückt sind es 56 von insgesamt 120. Eine Zwei-Staaten-Lösung wird von 46 Abgeordneten abgelehnt, die alle in der Koalition sind.

Obwohl die Zwei-Staaten-Lösung innerhalb der israelischen Bevölkerung eine Mehrheit findet und auch bei den Palästinensern — wenn auch in geringerem Maße — unterstützt wird, zeigen die Ergebnisse der Umfragen, dass es auf beiden Seiten ein Gefühl der Bedrohung gibt und dass das Niveau des Misstrauens gegenüber der Gegenseite sehr hoch ist. Dies sind auf beiden Seiten Hindernisse, wenn es darum gehen wird, die Zwei-Staaten-Lösung in die Tat umzusetzen.

Eine Verbesserung der Aussichten auf politische Machbarkeit in Israel zur Umsetzung eines dauerhaften Abkommens ohne Neuwahlen ist unter drei Bedingungen möglich ist:

1. eine klare Aussage von Ministerpräsident Netanjahu für eine ehrliche Unterstützung eines Abkommens,
2. eine Spaltung der Likud-Partei und
3. eine Ablösung der Bajit HaJehudi-Partei durch die Arbeiterpartei innerhalb der Koalition.

Die Aussichten auf Eintreten dieser drei Bedingungen sind allerdings gering.

Auf palästinensischer Seite

Die Position der Hamas in Bezug auf die Zwei-Staaten-Lösung muss sowohl den grundsätzlichen ideologischen Standpunkten der Organisation berücksichtigen, als auch die aktuellen politischen Positionierungen durch den Politbürochef Khaled Mashal. Die Hamas ist

bereit, eine Zwei-Staaten-Realität zu akzeptieren, die ihrer Meinung nach temporär ist, aber sie wird sich niemals prinzipiell mit ihr aussöhnen. Sie wird sie hingegen nur als Phase auf dem Weg zur Erreichung ihres langfristigen Zieles — der Befreiung Palästinas, vom Mittelmeer bis zum Jordan — betrachten. Mit anderen Worten: auch wenn eine Bereitschaft der Hamas für einen palästinensischen Staat innerhalb der Grenzen von 1967 besteht, so kann keine Rede von einer Unterschrift auf einer Vereinbarung sein, die den Konflikt und die Ansprüche beendet und das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge nach Israel aufgibt.

Die Positionen der Fatah und ihrer Führer zu den Fragen, welche sich im Zusammenhang mit dem Konzept der Zwei-Staaten-Lösung stellen, scheinen auf den ersten Blick dieselben zu sein wie in den von der PLO unterzeichneten Verträgen und den Erklärungen und Vermittlungsvorschlägen, welche die Verhandlungen seit 1993 begleiten. Hierbei geht es vor allem um die Grenzen von 1967 als Grundlage einer Vereinbarung, die Problematik des bewaffneten Kampfes, das Rückkehrrecht für die palästinensischen Flüchtlinge sowie die Zukunft Jerusalems und der arabischen Friedensinitiative. In der Praxis sieht dies jedoch anders aus. Oft existieren Widersprüche zwischen den internen Grundsatzpapieren und Statuten, welche die historischen Positionen der Fatah reflektieren, und den Positionen der PLO. Dabei muss man betonen, dass die Führer der Fatah, die an der Spitze der PLO stehen, immer wieder in den verschiedenen Fatah-Foren von prinzipiellen Positionen abweichen.

Mahmud Abbas' Fähigkeit, eine Vereinbarung zu erreichen, wird durch die persönliche Opposition in der Fatah (Mohammed Dahlan und Marwan Barguthi) und den Widerstand der nationalreligiösen Hamas beeinflusst. Seine Möglichkeiten hängen davon ab, dass sich die

Vereinbarung im Rahmen der internationalen Resolutionen befindet. Zudem benötigt er bei den drei Kernpunkten — Sicherheit, Jerusalem und Flüchtlinge — die Rückendeckung der arabischen Staaten, an deren Spitze Jordanien und Ägypten stehen.

Der Startpunkt für neue Verhandlungen müsste durch den israelischen Ministerpräsidenten gesetzt werden, der sich grundsätzlich für Verhandlungen ausgesprochen hat. Diese Entscheidung wird allerdings in der Praxis durch seine Äußerungen, durch die Politik seiner Regierung und das aktuelle Vorgehen konterkariert.

Auf palästinensischer Seite erleben wir momentan ein Zeitfenster, in dem Mahmud Abbas immer noch die Zügel in der Hand hält. Gleichzeitig erfährt die Hamas angesichts des Regierungswechsels in Ägypten eine Schwächung. Auch Abbas hat sich prinzipiell für Verhandlungen über eine Zwei-Staaten-Lösung entschieden. Er wird aber mit der Umsetzung auf viele Schwierigkeiten stoßen. Dies betrifft die Zustimmung und die Umsetzung der genannten Bedingungen und hier insbesondere die Flüchtlingsfrage.

Regionale Rahmenbedingungen

"Der islamische Staat"

Die sunnitisch-islamische Terrororganisation "Islamischer Staat" wird heute von den Vereinigten Staaten, der arabischen Welt und Europa als bedeutende und substanzielle Bedrohung betrachtet, mit der man sich auseinandersetzen muss und die vor allen anderen Angelegenheiten Priorität hat. Alle Parteien haben sich einem politischen und militärischen Bündnis angeschlossen, um diese extremistische Organisation zu bezwingen. Alle, mit Ausnahme des Staates Israel, welcher sich

mit einer Zusammenarbeit auf Geheimdienstebene begnügt.

Die Furcht vor der wachsenden Macht dieser Organisation hat für die arabischen Staaten vorrangige Bedeutung und beeinflusst auch die Bereitschaft, aktiver in den israelisch-palästinensischen Konflikt einzugreifen. Abbas, aber auch Mashal und Haniyya, nehmen die arabischen Prioritäten wahr, haben Verständnis dafür und versuchen dementsprechend zu handeln. Hamas spricht über die Notwendigkeit einer Partnerschaft mit der palästinensischen Autonomiebehörde als Bedingung für ihre Zustimmung zu einem Staat innerhalb der Grenzen von 1967. Abbas fügt hinzu, dass die Lösung des Konfliktes die Stabilität der gesamten Region verbessern und auch radikale Gruppen blockieren wird. Aber sowohl Hamas als auch Fatah verstehen, dass das Maximum, welches sie zurzeit erreichen, können Spenden für den Wiederaufbau des Gazastreifens sind, und das auch nur, wenn es ihnen gelingt, interne Gegensätze zu überwinden.

Israel betrachtet die Organisation "Islamischer Staat" nicht als eine unmittelbare Bedrohung, bemüht sich jedoch um die Vorbereitung auf die Eventualität, dass diese Organisation bedrohliche Positionen an der syrischen Grenze, auf den Golanhöhen und in Jordanien einnimmt. Gleichzeitig benutzt Israel die Präsenz der Organisation, um seine Forderung, das Jordantal über Jahre hinaus unter israelischer Kontrolle zu belassen, zu rechtfertigen. Dies kann durch den Aufstieg des "Islamischen Staates" um der Sicherheit willen gerechtfertigt werden bis sich die prekäre Situation in den weiten offenen Räumen östlich von Israel stabilisiert hat.

Die Regierung von Präsident Obama setzt ihren Schwerpunkt auf die Koordinierung und Anleitung des Bündnisses gegen den "Islamischen Staat". Dadurch ist es dem US-

Außenminister John Kerry nicht möglich zugleich die Bemühungen in Bezug auf Israel und Palästina über ein "Arrangement" hinausgehend voranzutreiben.

Verhältnis Israel – Hamas

Das Verhalten von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu während der Militäroperation "Tsuk Eitan" zeigt, dass sein politisches Ziel – auch wenn es formal nicht so definiert war – einzig und allein in der schnellstmöglichen Rückkehr zum Status quo bestand.

Die Aufrechterhaltung des Status quo hält Netanyahu an der Spitze der Regierung. In dieser handeln die meisten Mitglieder konsequent nach dem Muster der folgenden politischen Leitlinien: Ihnen geht es vor allem um die Ausweitung der Siedlungen, im Besonderen außerhalb der Siedlungsblöcke und das Ansteigen der jüdischen Bevölkerung in Ostjerusalem, insbesondere im historischen Becken. Daneben hat auch der Widerstand gegen wirkliche Verhandlungen mit Abbas, die Vertiefung der Spaltung zwischen Hamas und der palästinensischen Autonomiebehörde und die Weiterführung der Blockade des Gazastreifens - in Zusammenarbeit mit der Regierung Al-Sisi - Priorität.

Aber der Status quo, auf dem die Politik Netanyahus in den letzten Jahren beruhte, reflektiert nicht die Realität des Sicherheitsgleichgewichtes und der politischen Stabilität. Der Status quo ist in Wirklichkeit der Ausdruck der intellektuellen Stagnation auf israelischer Seite, wodurch die Bedingungen geschaffen wurden, die es der Hamas erlaubten, immer wieder von neuem den nächsten Konflikt in Gang zu setzen.

Die Hamas ging aus einer Schwächeposition in die Militäroperation "Tsuk Eitan". Durch ihre Anerkennung der neuen Einheitsregierung, in der

die Hamas keinen Vertreter hat, verzichtete sie auf symbolische Gewinne. Sie erwartete zugleich eine Änderung des Status quo, die in der ersten Phase vordringlich aus der Bezahlung der Gehälter ihrer Sicherheitskräfte, der Öffnung des Grenzüberganges Rafah nach Ägypten und der partiellen Aufhebung der israelischen Blockade bestand. In der zweiten Phase ging es ihr um die volle Partnerschaft in der PLO, um den Boden für eine akzeptierte Vertretung des palästinensischen Volkes zu bereiten. All das wurde nicht erfüllt und trug zur Eskalation des Konflikts bei, deren erste Priorität es war, die militärische und organisatorische Überlebensfähigkeit zu garantieren. Selbst für einen hohen Preis, den die Bewohner des Gazastreifens dafür zahlen mussten.

Aus dieser Denkweise ging der Begriff "Arrangement" hervor. Dabei handelt es sich um ein hohles, linguistisches Produkt, dem die Verbindlichkeit eines Vertrages fehlt. Zugleich erfordert es Verhandlungen, deren Vereinbarungen wie ein Vertrag verpflichten sollen, die allerdings ohne Sanktionen bei einem Vertragsbruch auskommen müssen. Dieser flexible Begriff soll anscheinend den Terminus "Einigung" ersetzen, der jene in Angst und Schrecken versetzt, die nicht bereit sind mit einer Terrororganisation zu einer "Einigung" zu kommen. Noch weniger gibt es einen Willen zu einem "Vertrag", welcher die volle Anerkennung der anderen Seite erforderlich machen würde, die nicht nur auf der gleichen Stufe steht, sondern der man vertrauen kann, dass sie den Vertrag nicht bricht.

Das Gefühl des Misstrauens zwischen Israel und der Hamas beruht auf Gegenseitigkeit. Dennoch fordert nur die Hamas arabische und internationale Garantien für die Umsetzung des gesamten "Arrangements". Israel, das sich ohnehin nicht auf arabische Garantien verlässt und nicht will, dass westliche Länder für das

Verhalten der Hamas bürgen, begnügt sich mit ägyptischen Garantien. Das Vertrauen in Ägypten ist eine Notwendigkeit für Israel, weil Israel annimmt, dass die ägyptische Politik gegenüber Hamas und gegenüber Gaza losgelöst ist vom Geschehen in den besetzten Gebieten oder im Nahen Osten. Israel geht davon aus, dass Ägypten seine Involvierung im Gazastreifen nicht zur Unterstützung des Friedensprozesses nutzen wird, aus dem Israel sich zurückgezogen hat.

Verhältnis Israel - PLO

Israel strebt weiterhin nach der Bewahrung des "Status quo", während Abbas sich darum bemüht diesen durch einen Appell an die Vereinten Nationen zu ändern und ein Datum für das Ende der israelischen Besatzung festzulegen. Er stellte einen Dreijahresplan vor und drohte sogar damit, sich an die Organisationen der UNO zu wenden und die palästinensische Autonomiebehörde aufzulösen.

Abbas, dem die Amerikaner die kalte Schulter zeigen, betont die Bedeutung der politischen Prozesse und die Wichtigkeit der Koordination mit den arabischen Ländern, vor allem mit Saudi-Arabien und Ägypten. Die Arabische Liga beschloss im September, die politische Initiative von Präsident Mahmud Abbas zu unterstützen. Diese strebt das Ende der Besatzung und die Gründung eines palästinensischen Staates innerhalb der Grenzen von 1967 auf Basis der arabischen Friedensinitiative an. Die Außenminister der arabischen Länder trafen sich in Kairo und appellierten an die internationale Gemeinschaft und die Vereinten Nationen, auf die Umsetzung der Initiative hinzuwirken. Wie erwartet gewann Abbas auch die öffentliche Unterstützung des ägyptischen Präsidenten Abd al-Fattah al-Sisi. Obwohl Abbas die Unterstützung der arabischen Staatenerhielt, stehen Abbas und seine Initiative mittlerweile auf dem Abstellgleis, denn für die arabischen Länder

hat der Krieg gegen den "Islamischen Staat" Priorität vor der Gründung des palästinensischen Staates.

Im Rahmen seiner Interessen, den "Status quo" aufrecht zu erhalten, möchte Israel die Spaltung zwischen Hamas und der PLO, die Kontrolle der Hamas über die islamischen Organisationen im Gazastreifen und die Weiterführung der ägyptischen Politik gegenüber der Hamas bewahren. Ein palästinensisch-ägyptisches Abkommen, das den Segen der internationalen Gemeinschaft und möglicherweise auch die Anerkennung durch die UNO bekommt, möchte Israel verhindern.

Abschließend ist anzumerken, dass die Militäroperation "Tsuk Eitan" kein Wendepunkt im System der israelisch-palästinensischen Beziehungen ist. Nach der ersten Reaktion auf die Bedrohung des "Islamischen Staates" können sich die Vermittler wieder der israelisch-palästinensischen Sache zuwenden. Die zugrundeliegenden Interessen und politischen Rahmenbedingungen beider Parteien werden einen praktischen Fortschritt erschweren. Erst wenn die internationale Gemeinschaft klar und eindeutig ihren Standpunkt gegenüber beiden Parteien vertritt, ist Fortschritt möglich.

Eine Resolution des Sicherheitsrates, die einen unbefristeten Waffenstillstand, einen Wiederaufbau des Gazastreifens, eine Aufhebung der Blockade, eine Einbindung der Hamas sowie eine Wiederaufnahme der Verhandlungen entsprechend den internationalen Parametern enthält, könnte in Israel und bei den Palästinensern interne politische Prozesse in Gang setzen und damit die Chancen für einen neuen politischen Horizont erhöhen.

Shaul Arieli ist ein Ex-Oberst der Israelischen Verteidigungstreitkräfte (IDF). Er war unter mehreren Regierungen an israelisch-

palästinensische Verhandlungen beteiligt. Er ist einer der prominentesten Vertreter der Genfer Friedensinitiative und Autor mehrerer Bücher und einer Vielzahl journalistischer Arbeiten.

Verantwortlich:

*Dr. Werner Puschra,
Direktor der Friedrich-Ebert-Stiftung Israel*

Autoren:

*Prof. Efraim Inbar
Shaul Arieli*

Homepage: www.fes.org.il

Email: fes@fes.org.il